

# Das Blaue Blatt



## Bezirkszeitung der Freiheitlichen in Liesing



Ausgabe  
4 / 2015

**23. Bezirk**

### AKTIVITÄTEN DER FREIHEITLICHEN

#### \* Bürgerkontakte

Gerne nehmen wir uns für Sie Zeit. Bitte informieren Sie uns über Ihre Probleme und vereinbaren Sie mit uns einen Gesprächstermin!

#### \* Besichtigung von Problemstellen im Bezirk

Je nach Bedarf erstellen wir auch Foto- und Videodokumentationen über Ihre Themen. Diese können dann Behörden oder Vertretern von Medien als Darstellung vorgelegt werden. Es fallen dabei keine Kosten für Sie an!

#### \* Fotos & Videos

#### \* Pressedienste

#### \* Zeitungsausschnitte

#### \* Internet

#### \* Lärmmessungen in Liesing

Bei Lärmproblemen in Ihrer Umgebung stellen wir Ihnen gerne kostenlos ein Lärmmessgerät zur Verfügung.

**WIR NEHMEN  
IHRE WÜNSCHE  
UND SORGEN  
ERNST**

## Wien ist gezeichnet durch eine Politik des „Türen auf“

**„... denn sie wissen nicht was sie tun.“ (sollen)**

Während der rote Bundeskanzler in der Flüchtlingsfrage ein Getriebener ist und hilflos hinter der deutschen Kanzlerin nachzockelt, versucht es sein „Genosse 50 % plus“ - so hat HÄUPL sein Wahlziel formuliert (!!!) - in Wien in dieser Frage mit einer Politik des „Türen auf“ und schon krankhaftem Optimismus.

**Alles wird er lösen, die Arbeitslosigkeit, die Schulprobleme, Lehrplätze wird er schaffen und Wohnungen bauen! Hat ihm denn niemand gesagt, dass er über 20 Jahre als Bürgermeister Zeit hatte, das zu tun? Und jetzt löst er auch noch die Flüchtlingsfrage mit dem „nachmerkelnden“ Spruch des „wir schaffen das“.**

### Kein Plan, keine Lösungsvorschläge

Nur wie, das sagen uns die Regierenden nicht! **Bauen wir jährlich (!) eine Stadt in der Größe Klagenfurts für die 100.000 Zuwanderer die da erwartet werden. Wir schaffen doch nicht einmal die leistbaren Wohnungen für Wien. Aber das reicht nicht. Wir müssen diese Wohnungen auch einrichten,** von

der Klopapierrolle bis zum Kühlschrank und natürlich an die Bewohner gratis übergeben, denn sie haben ja nichts. Doch auch damit ist es nicht getan, denn die neuen Mitbürger müssen ja erhalten und in unser Sozialsystem überführt werden.

Die Lösung unseres Sozialministers und Häupl- oder Bundespräsidentenachfolgekandidaten HUNDSTORFER heißt deshalb neuerdings: Sofort auf den Arbeitsmarkt - und die Industrie klatscht Beifall! Sie hat billige Arbeitskräfte und Lohndumping im Auge.

**Ein großer Teil der Angekommenen bringt jedoch weder die nötige Qualifizierung noch ein Mindestmaß an Sprachkenntnis mit.**

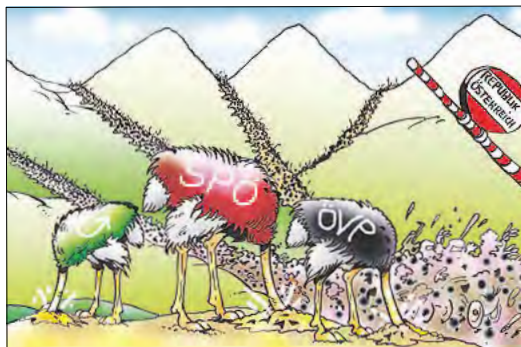
Sogar seine deutsche, ebenfalls sozialistische Ministerkollegin gesteht jetzt ein, dass deswegen allerhöchstens 10% vermittelbar wären. Hat der Minister verges-

sen dass wir im Winter über 400.000 eigene Arbeitslose - den höchsten Stand seit dem ersten Weltkrieg - erwarten und dann sollen noch 50.000 - 60.000 Asylwerber dazukommen? Das ist in höchstem Maße verantwortungslos gegenüber den eigenen Leuten.



### Die Folgen sind nicht durchdacht

Was wird sich in unseren Schulklassen abspielen, wenn bei ohnehin schon hohem Anteil von Kindern mit Sprachdefiziten, jetzt plötzlich ohne Vorbereitung, Mitschüler kommen, die kein Wort verstehen und mit denen auch die beste Lehrkraft höchstens mit Zeichensprache kommunizieren kann? **Da ist kaum ein geordneter Unterricht möglich und die Lernfortschritte der übrigen Schüler müssen zwangsweise darunter**



SPITZE FEDER - Asylpolitik Made in Austria

Fortsetzung auf Seite 2



**Wir arbeiten für LIESING**

[www.liesing.fpoe-wien.at](http://www.liesing.fpoe-wien.at)

An einen Haushalt. Zugestellt durch Post.at

Fortsetzung von Seite 1

**leiden.** Die nächste Pisastudie wird verheerend ausfallen.

Weiterdenken wäre auch angesagt: Was wird aus den vielen 15-bis 30-jährigen jungen Männern, die die größte Zahl der Ankommenden ausmachen? **Für eine sinnvolle Betreuung der meisten Zuwanderer fehlen die Möglichkeiten und das Geld. Sie werden deshalb, weil großteils beschäftigungslos, fast automatisch zu einem gefährlichen Konglomerat von Perspektivlosigkeit und Langeweile und damit zum Nährboden für, sowohl radikale Einflüsterer, aber auch Kriminalität.** Schon jetzt sind, inklusive der inhaftierten Schlepper, mehr als 60 % der Häftlinge Ausländer. Und die Verantwortlichen spielen nur auf Zeitgewinn, Plan haben sie keinen!

**Der sogenannte Junkersplan, vorgetragen vor dem ebenso hilflosen EU-Parlament, erwies sich, kaum ausgesprochen als Märchenstunde.** Die Viseegradstaaten (Polen und unsere Nachbarn) sagten zu einer Verteilung ohne Grenzwerte (wir sollen ja alle die da kommen, auch wenn es Millionen sind nehmen) ebenso ab wie die Länder des Baltikums, Dänemark und Großbritannien. Aber selbst wenn sie zugestimmt hätten, kaum ein „Flüchtling“ wäre freiwillig nach Estland oder nach Rumänien gegangen, wenn bei

offenen Grenzen Deutschland, Österreich oder Schweden locken. **Wie sich gezeigt hat, weigerten sich die, angeblich nur vor dem Krieg flüchtenden Asylbewerber sogar in Dänemark zu bleiben!**

**Der Druck im Kessel steigt**

Gespernte Autobahnen, eingestellte Zugverbindungen (Österreich-Deutschland, Deutschland-Dänemark, Österreich-Ungarn, demnächst vielleicht Slowenien und Italien), steigende Unruhe in der Bevölkerung, eine überlastete Exekutive sind, unübersehbar, und nur in Ansätzen abschätzbare Kostenexplosionen (**alleine auf Bundesebene mehr als eine Milliarde €**) stehen ins Haus, alles nur ein Anfang. Werden sie die versprochene Steuer-senkung deshalb schon vor dem Wirksamwerden auffressen?

**Jetzt wird auch noch das kaputtgesparte Bundesheer zur Assistenz herangezogen. Worin der Sinn liegt, die Grenzen zwar zu überwachen, aber doch alle herein zu lassen, das versteht wohl nur der Duzfreund der „lieben schönen Angela“.**

Was sich am Balkan noch zusammenbraut, wird täglich deutlicher sichtbar. Die gewaltsamen Angriffe auf ungarische Polizisten lassen ahnen, was da noch kommt. Auch unsere eigenen Beamten wurden in Nickelsdorf und anderswo einfach überrannt



Foto: commons.wikimedia.org

Das Bundesheer sichert in der Steiermark die österreichische Grenze.

- gezeigt wurde das aber nur im deutschen Fernsehen. Auch von den internen Zusammenstößen der Ethnien - es sind bei weitem nicht nur Syrer die da kommen - in den Aufnahmelagern wird nicht berichtet und Medien, wie der KURIER, versuchen die Bürger seit Wochen täglich mehrseitig zu indoktrinieren. Es wird ihnen nicht gelingen, denn die Realität der Probleme ist zu offenkundig. Und das alles ist erst der Anfang.

Dazu die hilflosen und unakzeptablen Beschimpfungen des Kanzlers gegen unsere ebenfalls schwer betroffenen ungarischen Nachbarn und Freunde, das kann und wird nicht gut gehen. Es ist

nur eine Frage der Zeit, bis diese Gemengelage explodiert und dann viel schärfere und schmerzhaftere Maßnahmen erfolgen müssen, als sie bei einer rechtzeitigen und angemessenen Reaktion nötig gewesen wären. **Unser „Föhnwellekanzler“ und sein Einflüsterer im Rathaus haben uns das alles eingebracht!**

**Es wird höchste Zeit sie abzulösen. Fangen wir am 11. Oktober im Rathaus an mit der Schadensbegrenzung!**



Mag. Wolfgang JUNG (Bezirksobmann FPÖ Liesing, Gemeinderat und Abg. z. Landtag)

**Stadt Wien als Preistreiber bei Mieten**

**Es ist bemerkenswert, welche Aktivitäten in Wahlkampfzeiten gesetzt werden um eine drohende Wahlniederlage der SPÖ am 11. Oktober zu verhindern.**



Foto: unzensuriert.at

von Gemeindewohnungen möchte Häupl aber auch den steigenden Mietpreisen entgegenwirken. Abgesehen davon, dass auch Gemeindebauwohnungen ständig teurer werden, hat das Argument der steigenden Mietpreise einen Haken: **Es ist die Stadt selbst, die die Mieten in die Höhe treibt, indem sie die Betriebskosten ständig verteuert.**



Bürgermeister Häupl will wieder Gemeindewohnungen bauen und plötzlich soll ein faires Vergabesystem bei Gemeindebauwohnungen eingeführt werden, dass die angestammte Wiener Bevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Das ist erfreulich, auch wenn es vielleicht nicht aus Überzeugung geschieht, sondern um ein drohendes Wahldebakel in Grenzen zu halten. Durch den Bau

Die Gemeinde darf nämlich auf die tatsächlichen Kosten bis zu 100 Prozent aufschlagen. Diese Überschüsse wurden aber nicht für Instandhaltung oder Investitionen verwendet, sondern zum Stopfen von Budgetlöchern.

**Grüne Flüchtlingshilfe**

Der KURIER meldete: „..Waste Watcher werden die Flüchtlinge in Sachen Abfalltrennung beraten“!!! Eine wahrhaft vor-dringliche Aufgabe. **Von Bediensteten der MA48 und der ASFINAG hören wir übrigens, dass ganze Berge von weg-geworfenen Kleidern**

**und Kuscheltieren entsorgt werden müssen.**



Foto: privat

Tonnenweise bleiben Müllhinterlassenschaften entlang den Flüchtlingsrouten liegen.



## Emil Behring Weg: Neue Verpackung - alter Inhalt

Die Präsentation des Bauvorhabens „Wildgarten“ vormals „Gartenstadt 2.0“, war für die Anrainer des Bauvorhabens am Emil-Behring-Weg ein Schlag ins Gesicht.

Außer dem „genialen Einfall“, dem Bauvorhaben einen neuen lieblichen Namen zu geben, blieben die meisten Verbesserungsvorschläge der Anrainer unberücksichtigt. Das entspricht ganz der Rot/Grünen Vorgangsweise, wenn etwas beim Bürger nicht gut ankommt, dann erfindet man dafür einfach einen neuen Namen und alle Probleme sind gelöst. Dass die Anrainer durch das Bauvorhaben Lebensqualität verlieren und dass nur ein mangelhaftes Verkehrskonzept vorliegt, scheint nebensächlich.

### Schnellbahn-Station nicht vor 2025

Die Verkehrssituation ist jetzt schon problematisch, und dabei wurden noch nicht einmal die anderen geplanten Großprojekte wie die Verbauung der Unilever Gründe und der Rosenhügel Filmstudios berücksichtigt. **Selbst die viel gepriesene S-Bahn-Station „Rosenhügel“**

Foto: MA 21 Stadtteilplanung und Flächennutzung



Visualisierung - mögliches Bebauungsszenario.

kommt nicht vor 2025 und trotzdem wurde das Projekt von SPÖ, ÖVP und den Grünen, gegen die Stimmen der FPÖ und Pro Hetzendorf angenommen.

### Hauptweg durch Kleingartenanlage

Um den Fußgängerverkehr von der Busstation in der Atzgersdorfer Straße direkt durch die Kleingartensiedlung führen zu können, soll ein kleiner Weg nunmehr als Hauptweg dienen. Dadurch kommt es unweigerlich zu einer Verbreiterung des Weges und möglicherweise auch zu Grundstücksabtretungen der Anrainer. Skurriler Punkt am Ende: **Der**

**Fußweg durch den Friedhof, soll den zukünftigen Bewohnern des „Wildgartens“ als Verbindung zur Wundtgasse dienen.**

**Wir Freiheitliche werden uns vernünftigen Bauvorhaben auch in Zukunft nicht verschließen, aber wir fordern auch weiterhin Gesamtkonzepte für Verkehr und Infrastruktur!**

## Vergewaltigung durch Asylwerber in Inzersdorf/Liesing

Am 19. August 2015 wurde im Bereich zwischen Anton-Baumgartner-Straße, Gutheil-Schoder-Gasse, Stuppöckgasse und Liesingbach, eine Frau von zumindest einem Asylwerber überfallen und vergewaltigt. Die Frau befand sich auf einem Spaziergang, als ihr von drei Männern aufgelauert wurde. Zumindest einer der Männer hat sich an der Frau vergangen. Ob sich auch die beiden an-

deren Männer aktiv an der Vergewaltigung beteiligt haben oder nur dabei zugesehen haben ist noch unklar.

### Tumultartige Szenen vor Polizeiinspektion Inzersdorf

Der zur Hilfe herbeigerufene Mann des Opfers konnte zumindest einen der drei Asylwerber überwältigen und ihn zur

Polizeiinspektion in der Purkytgasse bringen. Augenzeugen berichten in Folge von tumultartigen Szenen vor der Polizeiinspektion. Die Frau, die bei der Vergewaltigung unbestimmten Grades verletzt wurde, musste mit der Rettung ins Krankenhaus gebracht werden. Bisher war nicht in Erfahrung zu bringen, wie viele der Männer an der Vergewaltigung beteiligt waren und ob alle Taverdächtigen in

gen Männern berichtet, die entlang des Liesingbaches herumlungern.

### Keine Berichte über die Vergewaltigung in den Medien

Spätestens jetzt herrscht die traurige Gewissheit, dass auch Liesing von den Auswirkungen der Flüchtlingsproblematik nicht verschont geblieben ist. Anscheinend ist die Vergewaltigung unter dem Motto „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“, der politischen Zensur zum Opfer gefallen, denn Medienberichte darüber sind bis heute nicht erschienen.

**Wir Freiheitliche sind einzig und allein den Bürgern verpflichtet und wir werden auch in Zukunft die Themen ansprechen, die der Bevölkerung verschwiegen werden sollen!**



Sind für Frauen ein entspannender Spaziergang entlang der Liesing bereits zu gefährlich?



## Teurer Wohn(t)raum



Foto: unzensuriert.at

### Mieter zahlen mehr als notwendig

Die SPÖ schmückt sich sehr gerne mit der Forderung nach leistbaren Wohnungen. Eigentlich könnte man glauben, dass die Roten in 70 Jahren Regierungsverantwortung in Wien dieses Problem gelöst hätten. Bei genauerer Betrachtung zeigen sich die Gründe dafür, warum auch die Mieter von Genossenschaftswohnungen tiefer in die Tasche greifen müssen.

### SPÖ verschweigt Gründe für teure Mieten

Genau genommen, sollten Wohnbaugenossenschaften an der Vermietung von Wohnungen nichts verdienen, dadurch sollen Wohnungen günstig bleiben. Doch aufgrund einer fragwürdigen Gesetzesbestimmung holen sich die Genossenschaften von ihren einkommensschwachen Mietern eine Art „Sondergewinn“.

**Das Zauberwort mit dem die Mieter geschröpft werden heißt „Auslaufannuitäten“.**

Wohnanlagen werden fast immer mit einem Bank-Kredit finanziert. Dieser muss von den Mietern monatlich abbezahlt werden. In der Mietvorschrift wird dieser Posten als „Annuitäten“ (Rate des Mieters für Kreditrückzahlung) geführt. Die Genossenschaften kassieren dieses Geld ein und leiten es an die Bank weiter. **Sobald der Kredit abbezahlt ist, sollen eigentlich die Mieten gesenkt werden.** Doch aufgrund der Gesetzeslage, dürfen die

Genossenschaften die monatlichen Annuitäten-Zahlungen weiter einheben und das Geld fällt dann in das freie Vermögen der Genossenschaften.

### Strache fordert Gesetzesänderung



Foto: unzensuriert.at

*H.C. Strache setzt sich für leistbare Mieten ein und möchte endlich eine Gesetzesänderung.*

**Dadurch müssen die Mieter weiterhin Raten für einen Kredit bezahlen, der bereits abbezahlt wurde.**

In der Mietvorschrift wird dieser Posten als „Auslaufannuitäten“ bezeichnet. „Das steht im direkten Gegensatz zu sozialer Wohnungspolitik“, sagt Heinz-Christian Strache in einer Presseaussendung vom 26. August 2015 und fordert nun die Abschaffung dieser Regelung. **Strache fordert die SPÖ, die sich bekanntlich für leistbare Mieten ausspricht, auf, gesetzlich tätig zu werden. Derzeit gäbe es aber sowohl von der SPÖ als auch der ÖVP eine Blockadehaltung. "Wenn die SPÖ sich tatsächlich für leistbares Wohnen einsetzt, dann muss sie als Kanzlerpartei das Unwesen der Auslaufannuitäten beenden", so Strache.** Interessant ist übrigens, wer in den Führungsetagen dieser „gemeinnützigen“ Genossenschaften sitzt und saß!

## FPÖ fordert - Mut zur Bürgerbeteiligung

**Ein Kernthema der FPÖ ist die aktive Bürgerbeteiligung.** In den letzten Jahren haben allerdings etliche Bürgerinitiativen in Liesing die traurige Erfahrung gemacht, wie mit Ihnen und Ihren Anliegen umgegangen wird. Gerade bei großen Wohnbauvorhaben wie „In der Wiesen“ oder am „Emil-Behring-Weg“, wurde einfach über die Bürger drübergefahren. Es hat den Anschein, dass die Rot/Grüne Stadtregierung Angst vor der Bevölkerung hat. Bürgerversammlungen bei denen sich Bürger nicht mehr zu Wort melden dürfen, Bürgerbeteiligungsverfahren wo das Ergebnis bereits bei Beginn der Veranstaltung feststeht, und Petitionen die mit fadenscheinigen Stellungnahmen abgelehnt wurden, waren das Ergebnis der Rot/Grünen Rathauspolitik.

trägerprojekte Liesing“ oder der Petition gegen den „Strabenstrich in Liesing.“

### Aktive Bürgerbeteiligung stärkt Vertrauen in die Politik



Foto: unzensuriert.at

„Noch“-Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou plant bereits den nächsten Anschlag, indem sie noch weniger Mitsprache für die Bezirke fordert. **Wir Freiheitliche haben genug von solchen bürgerfeindlichen Vorgangsweisen und fordern für die Zukunft mehr Bürgerversammlungen und Befragungen für die Liesinger Bezirksbevölkerung. Dort wo Bürgerbeteiligung draufsteht, muss auch Bürgerbeteiligung drinnen sein.**

### Petitionsausschuss „Begräbnis 1. Klasse“

Gerade der Wiener Petitionsausschuss, hat sich als wahre Enttäuschung entpuppt. Zahlreiche Petitionen sind dem Ausschuss zum Opfer gefallen, darunter auch die Petitionen gegen „Bewohnerfeindliche Bau-

## Der Föhnwellenkanzler

Unser Mitbürger aus Liesing möchte immer adrett aussehen, wenn er in der Öffentlichkeit auftritt. Die Föhnwelle soll ihm dabei den Anschein von Schwung und Kühnheit geben und muss ebenso perfekt sitzen wie die Maske.

Laut einer parlamentarischen Anfragebeantwortung ging das auf „Regimentskosten“ und hat den Steuerzahler im Jahr 2013 über 21.700 € gekostet.

**Die meisten Senioren wären froh, diesen Betrag jährlich als Pension zu bekommen. Trotz aller Bemühungen: am 11. Oktober wird er Haare lassen müssen!**



Foto: www.flickr.com

*Um des Steuerzahlers Geld ist ihm kein Styling zu teuer.*



## Die unendliche Geschichte mit dem Schrottplatz

Der Kampf der Anrainer gegen den Betreiber des Schrottplatzes in der Grawatschgasse, der unmittelbar neben einer Einfamilienhaussiedlung eine Betriebsanlagenebene für Abfallsammler (Sammeln und Behandeln von Abfällen und Abwässern, eingeschränkt auf das Sammeln von Abfällen) beantragt, geht in die nächste Runde.

**Zwar wurde der letzte Antrag abgelehnt, doch wurde von Seiten des Projektwerbers postwendend ein neuer Antrag eingebracht.**

Der neue Antrag muss nun eingehend geprüft werden.

### Anrainer leisten seit Jahren erfolgreich Widerstand



Dass das Projekt noch nicht verwirklicht wurde, ist einzig auf den beherzten Widerstand der Anrainer zurückzuführen, die sich in einer Bürgerinitiative zusammenschlossen haben und nunmehr seit 2006 um



ihre Rechte, nämlich ihr Zuhause lebenswert zu erhalten sowie eine Wertminderung ihrer Häuser und Grundstücke zu vermeiden, kämpfen. Alleine dieser Umstand führt schon zu einer beträchtlichen Minderung deren Lebensqualität.

### FPÖ wird Anrainer auch weiterhin unterstützen

Obwohl der letzte Antrag abgelehnt wurde ist es keineswegs still auf dem Schrottplatz. Die Anrainer nehmen regelmäßig teils unerträglichen Lärm, aber auch Erschütterungen wahr. Zeugen berichten von Manipulationen mit Altmetall, Be- und Entladungen von Containern und anderen Arbeiten auf



dem Betriebsgelände, die wenig glaubwürdig mit dem bewilligten Sammeln und Lagern von Altbatterien zu tun haben können. Nachdem es von Seiten der Behörde, trotz zahlreicher Anzeigen, offensichtlich nicht gelingt, festzustellen, ob die von den Anrainern beobachteten Vorgänge sich nun im gesetzlichen Rahmen befinden oder nicht, sehen einige nur noch den Ausweg in einer möglicherweise kostenintensiven Privatklage, um ihrem Recht zum Durchbruch zu verhelfen.

**Die FPÖ war die erste Partei, die sich von Anfang an gegen die Errichtung des Schrottplatzes ausgesprochen hat, und wir werden auch in Zukunft die Anrainer im Kampf um ihre Lebensqualität unterstützen!**

## 11. Oktober versus 11. Jahr Fluglärm

Seit 11 Jahren leiden tausende Liesinger unter dem Fluglärm und seit 11 Jahren fordern wir Freiheitliche die Einstellung der Flugroute, die im Jahr 2004, überfallsartig, über Liesing gelegt wurde. Ebenso fordern wir das Umfliegen dicht besiedelter Gebiete, den gekurvten Anflug, sowie ein Nachtflugverbot über Wien zwischen 21:00 und 7:00 Uhr. Zudem sollen Fluglärmmessungen künftig so erfolgen, wie es von der WHO (Weltgesundheitsorgani-

sation) empfohlen wird - zurzeit ist das nämlich nicht der Fall.



### Grundstücksentwertung durch die 3. Piste

Durch den Bau der 3. Piste müssen die Sicherheitszonen der Abflugrouten, als Sicherheitszonen, im Grundbuch von zahlreichen Grundeigentümern in Liesing eingetragen werden. Ein solcher Eintrag ins Grundbuch stellt de facto eine Grundstücksentwertung dar. Eine Liste der betroffenen Grundstücken gibt es bereits - die Eigentümer wurden aber bis jetzt nicht informiert. Gerne informieren wir Sie darüber, ob auch Ihr Grundstück betroffen ist.

**Am 11. Oktober können wir gemeinsam dem Spuk über Liesing ein Ende setzen, indem wir dem gesundheitsschädigen Fluglärm und der Rot/Grünen Rathauspolitik eine Absage erteilen!!!**



## FPÖ fordert mehr Schul- und Kindergartenplätze für Liesing

Liesing wächst! Laut Stadtentwicklern hat Liesing, bis 2025 ein Potenzial für 35.000 weitere Einwohner. Das bedeutet konkret: 35.000 weitere Einwohner erfordern 85 Volksschul- und Neue Oberstufen-/Gymnasialklassen sowie 65 Kindergartengruppen.

### Eltern kämpfen um Schulplätze

Schon jetzt wächst der Ärger um die Schulplatzvergabe in Liesing, vor allem wenn es um die begehrten Gymnasien geht. Im BRG Anton-Baumgartner-Str. können schon seit Jahren

nicht mehr alle Anmeldungen, positiv behandelt werden. Glaubt man Medienberichten zufolge, soll nun bis zum Jahr 2025 in Atzgersdorf ein sogenannter Bildungscampus entstehen. Dieser wird aber den nötigen Bedarf an ausreichenden Schulplätzen bei weitem nicht abdecken können.

### Stadtregierung will sich „beizeiten“ darum kümmern

Fragt man bei den dafür zuständigen Stellen im Rathaus oder beim Stadtschulrat nach, kommt lediglich die lapidare

Aussage "Wir wissen von dieser Problematik und werden uns beizeiten darum kümmern!" Da stellt sich die Frage: "Was heißt beizeiten?" **Auch wenn Bildungspolitik nicht in**

**die Zuständigkeit der Bezirke fällt, so werden wir Freiheitliche weiterhin dafür eintreten, dass jedes unserer Kinder einen Kindergarten- und Schulplatz in Liesing erhält!**

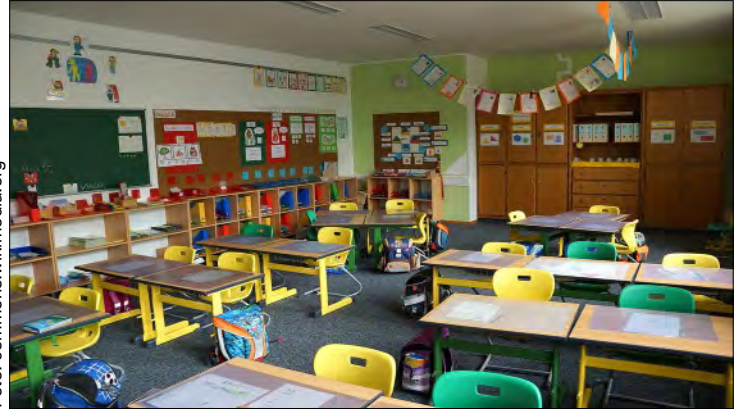


Foto: commons.wikimedia.org

## Sozialbau und rote Gagenkaiser

**Laut eines Berichtes der Zeitung „Format“ genehmigt die SPÖ als Miteigentümer der Sozialbau deren Vorstand höhere Bezüge, als es das Gesetz vorsieht.**

Der dreiköpfige Vorstand erhielt im Jahr 2012 Bezüge in der Höhe von 1.013.936,05 € Das ist wesentlich mehr, als es das für die Sozialbau geltende Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz vorsieht. Die Entlohnung der Sozialbau-Vorstände liegt weit darüber und zwar um mehr als 160.000 €pro Kopf für das Jahr 2012. Die SPÖ ist aber nicht nur Miteigentümer, auch der Aufsichtsrat der Sozialbau liest sich wie das Who is Who der Wiener SPÖ und etliche Vollmachten für die Hauptversammlung der Sozialbau, in der die Vorstandsgagen beschlossen wurden, tragen die persönlichen Unterschriften von **Werner Faymann** und **Michael Häupl** als Vorsitzenden der Bundes- und Landespartei.



Foto: unzensuriert.at

**4348/J**  
vom 24.03.2015 (XXV.GP)

### ANFRAGE

des Abgeordneten Mag. Philipp Schrangl  
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

**betreffend die fragliche Rechtmäßigkeit der Bezüge des Vorstandes der Sozialbau AG**

Im Artikel „Rote Gagenkaiser“ enthüllte das Wirtschaftsmagazin „FORMAT“ die Bezüge des Vorstandes der Sozialbau AG, der aus drei Personen besteht. Im Jahr 2013 erhielten die Vorstände Herbert Ludl, Wilhelm Zechner und Bernd Rießland in Summe 884.176,58 Euro. Ein Jahr zuvor sogar 1.013.936,05 Euro. Zusätzlich wurden dem erwähnten Artikel zufolge über einige Jahre mehrere Hunderttausend Euro an Krediten von der Sozialbau an den Vorstand ausgeschüttet.

Art. 1 § 26 WGG regelt die Bezüge von Geschäftsführern und Vorstandsmitgliedern gemeinnütziger Bauvereinigungen folgendermaßen:

„(1) Vereinbarungen über Dienstbezüge, Reisegebühren und über den Ruhegenuß mit Mitgliedern des Vorstandes, mit Geschäftsführern oder mit Angestellten gemeinnütziger Bauvereinigungen müssen in einem angemessenen Verhältnis zur finanziellen Leistungskraft der Bauvereinigung und ...“

**Auch der Rechnungshof hatte bereits festgestellt, dass bei einigen gemeinnützigen Wohnbauträgern die Vorstandsgehälter zu hoch seien.**



## Hausbesuche



Fast jede Woche fanden in den letzten Monaten Hausbesuche statt.

Alleine in den letzten Monaten, haben die Freiheitlichen Liesinger Bezirksräte tausende von Hausbesuchen absolviert. In persönlichen Gesprächen mit FPÖ-Politikern und Funktionären, fanden viele Bürger ein „offenes Ohr“, um über Probleme in ihren Wohngebenden zu berichten.

### Mit Wiener Wohnen unzufrieden



Foto: privat

Schimmelbildungen in Gemeindebauwohnungen sind keine Seltenheit.

Einer der häufigsten Kritikpunkte waren Mängel in den eigenen vier Wänden, wie z.B. **kaputte Fenster, Feuchtigkeit und Schimmelbildung**. Diese wurde uns aus fast allen größeren Wohnhausanlagen ge-



Manchen gemeindeeigenen Wohnobjekten sieht man die dringend notwendige Sanierung bereits von Weitem an.

meldet, u.a. aus dem **Wiener Flur**, der **Anton-Ochsenhofer-Gasse**, der **Pfarrgasse** und der **Oldenburggasse**. Laut den Mietern wird der Schimmel oft nur übermalt und viele Wohnungen werden von Wiener Wohnen oft nur unzureichend bis gar nicht saniert. Beklagt wurde in diesem Zusammen-

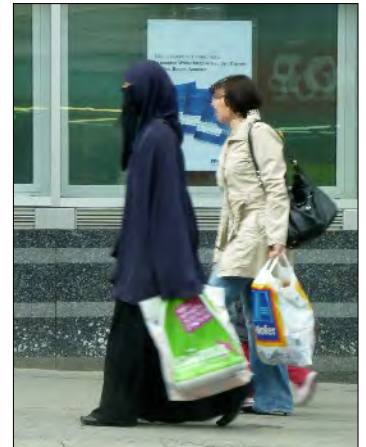
hang auch, dass die Mieten für Gemeindebauwohnungen zu hoch wären, und dass sich die Betriebskosten ständig verteuern.

### Abrechnungen zu hoch und intransparent

Auch mit der Außenbetreuung in den Wohnanlagen sind viele Mieter unzufrieden. Sie ist oft mangelhaft und die Kosten dafür zu hoch und nicht nachvollziehbar. **Häufig wird die Betreuung der Außenanlagen angeblich an SPÖ nahe Gärtnereibetriebe vergeben, wie z.B. in einer von Wien Süd betreuten Wohnanlage in der Eduard-Kittenberger-Gasse. Solche Betreuungsverträge**

kommen, bei dem anscheinend nur Airbags der Marke BMW gestohlen wurden. Ähnliche Berichte liegen uns auch aus der Pfarrgasse und der Oldenburggasse vor, nur dass dort gleiche Motorräder und Autos gestohlen wurden. **Eine Reihe von Vandalenakten, wurde uns in der Wohnanlage Steingasse gemeldet. In der Tiefgarage wurde sogar ein Motorrad angezündet.**

### Einheimische haben es immer schwerer



Die unkontrollierte Zuwanderung und Vergabe von leeren Gemeindebauwohnungen an Migranten aus anderen Kulturkreise gibt immer öfter Anlass zu Konflikte.

Sehr deutlich zeigt sich auch, dass die eingesessene Bevölkerung, speziell im sozialen Wohnbau, immer mehr unter Druck durch Zuwanderer mit völlig anderen Lebensweisen gerät. Immer wieder wurde beklagt, dass fast jede frei werdende Wohnung mit Zuwanderern besetzt wird - leider oft mit Problemfällen. Weitere Konflikte sind damit vorprogrammiert. Obwohl die Hausbesuche noch mehrere Wochen abgehalten werden, kann eines schon jetzt gesagt werden: "Der Unmut der Bürger über die rot-grüne Stadtpolitik ist enorm".

**Die Menschen haben genug von grünen Multi-Kulti-Experimenten und roter Gebühren Abzocke. Viele verärgerte Liesinger freuen sich schon auf die Wien-Wahl, um das Duo Häupl/Vassilakou endlich abzuwählen.**

**könnten aber mit einem Mehrheitsbeschluss aufgekündigt werden.**

### Zunahme von Einbrüchen und Vandalismus

Ebenfalls in der Eduard Kittenberger Gasse ist es vor kurzem zu einem Garageneinbruch ge-



Fassadenbeschmierungen sind oft noch die harmloseren Vandalismusvorfälle.



**Wahlkampfauftakt in Wien am 4. September 2015**



**Erfolg kann man nicht versprechen - Einsatz aber sehr wohl!**



**Das freie Wort - Ihre Meinung zählt**

Unter der Rubrik "Das freie Wort" geben wir unseren Bürgern die Möglichkeit, ihre Meinung zu aktuellen Bezirksthemen niederzuschreiben. Beiträge können, im Einverständnis mit den Verfassern, gekürzt werden. Die Redaktion.

**FPÖ Liesing**

Wir für Liesing - Ihre Ansprechpartner

**In eigener Sache**

Nur wenn Sie uns rasch informieren, können sich unsere Bezirksräte auch rasch für Sie und Ihre Anliegen einsetzen. Helfen Sie uns, Liesing für Sie schöner und lebenswerter zu machen.

**Die Sprechstunden unserer Bezirksräte finden Sie auf unserer Homepage:**

[www.liesing.fpoe-wien.at](http://www.liesing.fpoe-wien.at)

In dringenden Fällen sind wir für Sie auch am Wochenende und in der Ferienzeit erreichbar:



Bezirksparteiklubobmann  
**BR Roman Schmid**  
Tel.: +43(0) / 664-4414075  
E-Mail: [roman.schmid@fpoe-wien.at](mailto:roman.schmid@fpoe-wien.at)



**BR Ing. Wolfgang Ulbrich**  
Tel.: +43(0) / 680-2050815  
E-Mail: [wolfgang.ulbrich@fpoe-wien.at](mailto:wolfgang.ulbrich@fpoe-wien.at)

**IMPRESSUM**

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Für den Inhalt verantwortlich:

**Bezirksparteiobmann  
LAbg. Mag. Wolfgang Jung**  
1082 Wien, Wiener Rathaus - Klub der Freiheitlichen

Tel.: +43(1) / 4000-81746  
Fax: +43(1) / 4000-99-81741  
E-Mail: [jung.w@inode.at](mailto:jung.w@inode.at)  
Fotos: Archiv FPÖ-Liesing

„Das Blaue Blatt“ ist eine kostenlose Informationszeitschrift und berichtet schwerpunktmäßig aus den einzelnen Liesinger Bezirksteilen.